

Kirchheim, 24.04.2015

Presseerklärung der SPD-Fraktion zum geforderten Ratsbegehren pro und contra „Bürgerhaus“ im Ortsteil Heimstetten

Der Gemeinderat hat 2014 mit den Stimmen der SPD die frühere Gaststätte in Heimstetten, Feldkirchner Straße, käuflich erworben. Mittlerweile wurden Bürger und Vereine zur künftigen Nutzung befragt. Zudem wurden der Gemeinde umfangreiche Zahlungen aus der beantragten Städtebauförderung genehmigt. In Kürze soll ein Wettbewerb ausgelobt werden, in dessen Folge die Sanierung des Hauses beginnen kann. Dies ist positiv und für uns unstrittig.

Unglücklich finden wir die vom Bürgermeister eingeführte Bezeichnung des Hauses als „Bürgerhaus“ für die gesamte Gemeinde Kirchheim. Dieser Name erweckt bei den Bürgerinnen und Bürgern eine Erwartungshaltung, die das Haus schon allein wegen seiner mangelnden Größe nicht erfüllen kann. Die tatsächliche spätere Nutzung ist zwar im Gemeinderat andiskutiert, jedoch letztlich noch ungeklärt, da bisher noch keinerlei Planungen vorliegen.

Jetzt möchte sich die CSU das „Bürgerhaus“ mit Pro und Contra anscheinend durch ein Ratsbegehren absegnen lassen. Wir fragen uns, was das soll. Die umstrittene Namensgebung kann auch als Wettbewerbsaufgabe oder als „Ideenwettbewerb“ der Bürger gelöst werden. Hierzu benötigt man kein teures Ratsbegehren, zumal dann die (hoffentlich nur theoretische) Gefahr droht, dass die Bürger das Haus ablehnen. Sollten wir es dann wieder verkaufen oder welche Option steht zur Wahl?

Unseres Erachtens ist hier ein Ratsbegehren sinnlos. Wir fordern die CSU auf zu erklären, warum sie hier tausende Euros für ein Ratsbegehren aus dem Fenster werfen will.

Die SPD setzt sich schon seit den 70er Jahren ausdrücklich für das demokratische Instrument der Bürgerentscheide ein, aber nur, wenn diese auch wirklich vom Volk ausgehen. Es gilt auch in diesem Fall: Bürgerentscheide sollten nicht inflationär eingesetzt werden.

Aufgabe des Gemeinderates und des Bürgermeisters ist die Lösung von Problemen und die Bewältigung von Zukunftsaufgaben. Wir sind der Meinung, dass die gewählten Volksvertreter zunächst mal „ihren Job machen sollten“.

Wir fordern die CSU und den Bürgermeister auf zu erklären, was sie mit dem Anliegen erreichen wollen und wodurch es gerechtfertigt ist.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Thomas Etterer
Fraktionssprecher